



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

454 (29.9.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-336072](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-336072)

General-Anzeiger



Abonnement:
70 Pfennig monatlich,
Früher 80 Pf. monatlich,
durch die Post des. Post-
auszahlung 2. 2. 2. pro Quartal.
Eingel.-Kummer 3. 2. 2.

Inserate:
Die Colonne-Zeile : : 20 Pf.
Auswärtige Inserate : : 30
Die Reklame-Zeile : : 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Telegraphen-Adresse:
„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:
Direktion, Buchhaltung 1448
Druckerei-Bureau (Ma-
schinen, Druckarbeiten) 341
Redaktion : : : 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung : : : 218

Nr. 454.

Dienstag, 29. September 1908.

(Abendblatt.)

Politisch bewegte Zeiten

stehen vor der Tür. Im Reichstage werden die Reichsfinanzreform, die für die ganze erwerbstätige Bevölkerung tief einschneidende Gewerbeordnungs-Novelle und sonstige bedeutende Gesetzesvorlagen zu großen Debatten führen und in unserem engeren Heimatlande Baden wird die nunmehr einsetzende Wahlbewegung das Interesse aller politisch denkenden Kreise in hohem Maße in Anspruch nehmen. In solchen Zeiten ist es Pflicht eines jeden liberalen Mannes, eine

gut redigierte, reichhaltige liberale Tageszeitung

zu lesen, die ihn über alle Vorgänge im politischen Leben rasch und sicher informiert.

Eine solche Tageszeitung ist der täglich 2 mal erscheinende

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

der in seinem politischen Teil alle wichtigen Ereignisse eingehend und volkstümlich behandelt.

Eigene Büros in Berlin und Karlsruhe.

Eigene Korrespondenten in London, Petersburg, Paris, Wien und Rom.

Ausführliche stenograph. Reichstagsberichte.

Eine besondere Aufmerksamkeit widmet der „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“ den Vorgängen auf den verschiedenen Gebieten der

Kunst und Wissenschaft

und verweisen wir hier namentlich auf die neu errichtete „Monatliche Beilage für Literatur u. Wissenschaft“ sowie auf unsere Musik-Beilage.

Der unterhaltende Teil

des „Mannheimer General-Anzeigers, Badische Neueste Nachrichten“ bringt spannende Romane und Erzählungen neben vieler sonstiger interessanter Lektüre.

Eingehend und rasch berichtet der „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“ über alle

Vorgänge in Stadt und Land,

namentlich auch über die im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehenden kommunalpolitischen Angelegenheiten.

Der Handelsteil,

den wir in der letzten Zeit wieder bedeutend bereichert haben, bringt alle wichtigen Mitteilungen aus Industrie, Handel und Verkehr, sowie Stimmungs- und Kursberichte von allen Welt Handelsplätzen.

Besonders beliebt ist die wöchentlich erscheinende

Handels- u. Industrie-Beilage

die in jeder Nummer allgemein interessierende und belehrende Abhandlungen über handelspolitische, wirtschaftliche und rechtliche Fragen bringt.

Wir laden zu zahlreichem Abonnement ein. Unsere

Post-Abonnenten

ersuchen wir, falls es noch nicht geschehen, um schleunige Erneuerung des Abonnements, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Verlag des

„Mannheimer General-Anzeigers“
Badische Neueste Nachrichten.

Marokko und die entente cordiale.

Nach dem überaus veröhnlichen Geist, der die deutsche Marokkonote durchzieht, läßt sich wohl annehmen, daß die französische Regierung das Berechtigte dieser sehr gemäßigten deutschen Forderungen anerkennt und die Anerkennung Muley Saffids zu internationalen Verwicklungen nicht führen wird.

Aber so friedlich es auch in Marokko weitergehen mag, ganz wird die Frage nie ihren gewissen Beigeschmack hoher Politik verlieren. Dieser Beigeschmack ist in der letzten Zeit, dank der sehr aktiven Rolle, die die englische Presse und, wie es scheint, auch die englische Diplomatie in dem jüngsten Stadium der Marokkoaffäre gespielt hat, deutlicher geworden. Er ist ein Stilk des Delcasséschen Erbes. Der Aprilvertrag vom Jahre 1904, der Frankreichs Englands diplomatische Unterstützung bei allen politischen, wirtschaftlichen, militärischen Maßnahmen erhielt, die es in Marokko für nötig halten würde, gab den Engländern das französische Desinteressement für Ägypten. Die Engländer haben die Früchte des Vertrages einheimen können, während die Franzosen, da sie sich, von den Engländern etwas schenken ließen, was diesen gar nicht gehörte, an ihrem Teil nur Kummer, aber keine Freude erleben. Eigentlich können sie ja England die Schuld daran nicht geben; schließlich war es ihr freier Wille, einen so ungünstigen Vertrag abzuschließen und an die Möglichkeit, das Deutsche Reich beiseite zu schieben, zu glauben.

Indessen scheinen die Engländer zu befürchten, daß die für die beiden Teile so ungleichen Ergebnisse des Aprilvertrages und die Empfindung der Franzosen, um ein erhebliches zu kurz gekommen zu sein, die Entente Cordiale belasten würden. Daher scheinen sie nun wirklich mit aller Energie bestrebt zu sein, den Franzosen den Genuß ihres Vertrages, den Besitz von Marokko, zu verschaffen. Daraus erklärt sich die eigentümliche Herosität der englischen Presse bei jeder für Frankreich oder vielmehr für die geheimen Pläne der französischen Kolonialen ungünstigen Wendung der marokkanischen Dinge. Bei der deutschen Mitteilung, die eine Beschleunigung von Saffids Anerkennung inaugurierte, war die englische Presse noch weit empörter als die französische, ja diese läßt beinahe die vermeintliche Ursache zur Empörung erst zu merken, als man in London darauf los schlägt. Diese englische Haltung ist klar und begreiflich, England will, daß Frankreich die Gegenleistung für Ägypten tatsächlich erhalten und genießen soll. Man hofft davon eine Stärkung der Entente Cordiale, einen Anspruch auf die Dankbarkeit der Franzosen. Und England will nicht nur die Macht sein, die den Franzosen Marokko verschafft hat, sondern namentlich die, die den Franzosen die Ueberwindung des deutschen Widerstandes, den Sieg über die Politik des Nachbarn verschafft hat. Man hofft in England tiefer als in Frankreich, daß Deutschland den Franzosen in Marokko freie Hand läßt, denn aus dieser deutschen Nachgiebigkeit erhält man ein wichtiges Argument für die Möglichkeit der Entente Cordiale.

Die Haltung der englischen Presse und Diplomatie läßt eine andere Deutung nicht zu. Fraglich ist nur, ob die Rechnung richtig ist. In zwei Punkten kann sie falsch sein. Gewiß wird das Marokkokomitee England Dank wissen. Aber das Marokkokomitee ist nicht Frankreich. Und ob Frankreich an Marokko viel Freude haben würde? Es würde neue Steuern kosten und das Blut französischer Soldaten, aber dem französischen Volke, das Kolonien mehr besitzt, als es brauchen kann, keinen Nutzen bringen. Vielleicht kommt der Tag, wo man England verwünscht, weil es Frankreich in dies Wespennest getrieben hat. Doch darüber wird die Zukunft entscheiden. Die zweite Frage ist, ob es den Engländern wirklich gelingen wird, den deutschen Widerstand im Verein mit den Drahtziehern des Marokkokomitees zu überwinden und diese Ueberwindung als englisches Verdienst, als Argument für Englands Freundschaft zuzutun. Darüber wird ebenfalls die Zukunft und Deutschlands Haltung entscheiden.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 29. September 1908.

Der bewegliche Faktor im Reichshaushalt!

Die „Nat. Lib. Korresp.“ schreibt: In den bekannten Darlegungen der „Nordd. Allg. Zeitung“ war einer alten Forderung der liberalen Parteien Erfüllung zugesagt, für den Fall einer festen Begrenzung der Höhe der Matrifular-Beiträge einen anderen beweglichen Faktor im Etat zu schaffen. Es hat in den liberalen Kreisen lebhafteste Verwunderung erregt, als jetzt der Reichsdagpräsident in der „Deutschen Rundschau“ jene Andeutung dahin interpretierte, daß dieser bewegliche Faktor in nichts weiterem bestünde, als gerade in der Fixierung der Matrifularumlagen für einen längeren Zeitraum. Freiherr v. Jellisch, der ja schon so oft und mit Erfolg scheinbar unüberwindliche Hindernisse durch seine schägbare Fertigkeit in der Auffindung neuer Formeln beseitigt hat, hat freilich im „Tag“ versucht, dem Liberalismus Narzumachen, daß er mit

dem Sydowschen Vorschlage gut einverstanden sein könne. Denn dieser neue organisatorische Plan werde sowohl dem Drängen aus dem Reichstage heraus wie den Anforderungen der Seeres- und Marineverwaltung gegenüber, dem Schatzamt eine wirksame Bremse in die Hand geben. So soll wohl die hierdurch zu gewährleistende größere Sparamkeit der Einnahmen genug sein, den Sydowschen Gedanken zu akzeptieren. Wenn Freiherr von Jellisch die Güte haben will, die Reichstagsberichte vom 29. und 30. Januar 1894, sowie vom 25. Februar 1895 nachzulesen, dann wird er finden, daß bei Beratung der damals geplanten festen Relation zwischen Ueberweisungen und Matrifularbeiträgen, die im Prinzip vollkommen identisch mit dem heutigen Vorschlage des Schatzsekretärs war, die Herren Graf Poladovsky, Finanzminister Miquel und Graf Limburg-Strum fast wörtlich dasselbe aus- einandergesetzt haben, was heute Herr von Jellisch wiederholt. Diese an sich also nicht neuen Gedankengänge werden auch darum nicht richtiger, wenn man durch weiteres Studium der damaligen interessanten Verhandlungen zur Ueberzeugung kommt, daß die an jenen Tagen von anderen Rednern, besonders vom Abgeordneten Richter gegen die oben erwähnten Diskussionen erhobenen Einwände mindestens zu einem guten Teile noch heute volle Beweiskraft besitzen und gerade durch die Entwicklung der Dinge eine Bestätigung erfahren haben. Wir werden unsere grundsätzliche Stellungnahme zu diesem Sydowschen Vorschlage naturgemäß erst dann finden können, wenn der gesamte Finanzreformentwurf vorliegt, möchten aber das eine doch betonen, daß die verlangte Bindung der Matrifularumlagen unter Ausschaltung eines weiteren beweglichen Faktors uns vorderhand doch nur möglich erscheint bei einer gleichzeitigen Bindung besonders der Seeres- und Marineausgaben für denselben Zeitraum, was uns aus technischen und politischen Gründen wiederum kaum realisierbar zu sein dünkt. Wir werden also abwarten müssen, neuere und bessere Gründe zu hören, statt die Wiederholungen alter nicht mangelhafter Gedanken.

Nürnberg und die Gewerkschaften.

Im „Korrespondent“ (Nr. 118) beginnt Herrhäuser eine Artikelserie über den Nürnberger Parteitag, die vielleicht so lehr- und aufschlußreich werden mag, wie seine bekannten Aufsätze über gewerkschaftliche Neutralität. Im ersten Artikel betont Herrhäuser die Ueber einstimmung, der von ihm vertretenen Grundanschauungen mit denen der süddeutschen Genossen. Es sei selbstverständlich, daß nicht alles, was dort sonst noch beschlossen sei und was sie als Gewerkschaftler direkt berühre, ihnen als „heiliges Evangelium“ erscheine. A. wendet sich dann der Entscheidung des Parteitages in Sachen der Lokalistenzu. Nicht die Sozialdemokratie, die deutschen Gewerkschaften haben die Lokalisten überwunden:

Was die Lokalisten nun betrifft, so haben deren Winterarbeit gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände diese seit vielen Jahren unauflöslich gekennzeichnet. Es gab aber auch eine Zeit, wo man in der Sozialdemokratie gerade den Lokalisten die Stange hielt aus Gründen, die wir nicht näher erörtern wollen. Die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen der Lokalisten würden ja auch nicht zum Ausschlag ihrer Führer aus der sozialdemokratischen Partei geführt haben; denn wie die Debatten in Jena, die Massenstreikhypothese, das Marschieren auf die Straße betreffen, sind die Ultras in der Sozialdemokratie den Lokalisten in der Propaganda für die Anwendung „revolutionärer“ Mittel heute noch todesverwandt.

Was den Lokalisten in der Sozialdemokratie das Genid gebrochen habe, sei der Ton, nicht die Musik gewesen. Aber noch vor zwei Jahren gingen anarcho-syndikalistische „Einigkeit“ und „Vorwärts“ Arm in Arm. Warum auch nicht? Die Lokalisten haben nur die Konsequenzen aus dem ersten Teil des sozialdemokratischen Programms gezogen. Noch 1906 erklärte Juchacz, unter den Lokalisten befanden sich die besten Parteigenossen. Rosa Luxemburg war ihre Gönnerin und auch sonst fanden sie in der Partei moralische Unterstützung. Aber schließlich trieben sie es ihren Gönnern doch zu bunt. Am 27. Juni 1908 stand in der „Einigkeit“ ein Artikel, in dem von „der bländischen Ergebenheit der bezahlten Schreiber der Parteipresse“ die Rede ist, worauf die Beringsschätzung zurückzuführen sei, welche die ausländischen Genossen der deutschen Dreimillionenpartei zu teil werden lassen, die nichts weiter kann, als ihren Parteigeboten, den Führern, nachsehen, die die revolutionäre Aufgabe des Sozialismus preisgegeben haben, aus Eitelkeit, Schwäche und Bequemlichkeit, oder um sich eine gute Einnahme zu sichern“. Diese übersozialdemokratische Ruppigkeit war der Grund, warum sie aufgefördert wurden, die Türe von draußen zuzumachen. Außerdem konnten, wie Herrhäuser schreibt, die Lokalisten sich weder an Intelligenz noch Zahl durchsetzen, deshalb flohen sie. „Wenn ihre Antipoden, die Revisionisten, nicht auch fliehen, so liegt, das an deren Gesesslossenheit und Einfluß“. Das dürfte wohl stimmen. Brüderlichkeit ist es nicht, die die Partei der Brüderlichkeit zusammenhält. Die süddeutschen Genossen werden sehr energisch um ihren Platz an der Sonne kämpfen müssen.

Mit der Wehrsteuer

erklärt sich die „Arena“-Ztg. einverstanden. Sie schreibt: „Neben der Einigkeit der Endowischen Steuerhypothesen bringt die „Königliche Zeitung“ neue Enthüllungen, für die sie sich auf Zuschriften „aus parlamentarischen Kreisen“ beruft. Jetzt weiß sie, daß mit der Nachlasssteuer eine Wehrsteuer kombiniert werden soll. Die Wehrsteuer soll nur solche treffen, die ein nicht unbedeutendes Vermögen hinterlassen. Der Nachlass unter 20 000 M. bleibt aus; von der Wehrsteuer befreit. Diese ist auf 1 1/2 Prozent bemessen, jedoch der 20 000 M. betragende Nachlass eines Mannes, der nicht gedient hat, 300 M. Wehrsteuer zahlt, von 100 000 M. werden 1500, von einer Million M. 15 000 M. Wehrsteuer erhoben. Unbeschadet unserer Stellung zur Nachlasssteuerfrage finden wir diese Form der Erhebung einer Wehrsteuer ganz zweckmäßig und gerechtfertigt.“

Vom Segen der Kinderarbeit

war in den Tagen der Kämpfe um das Kinderschutzgesetz vom Jahre 1903 außerordentlich viel die Rede, und die Behauptung der Jugendfreunde, daß durch die Erwerbstätigkeit unter Umständen auch der Charakter des Kindes leiden könne, stieß an vielen Stellen auf den lebhaftesten Widerspruch. So ganz aus der Luft gegriffen war diese Behauptung aber nicht; zahlreiche Beobachtungen der Behörden, die die Durchführung des Kinderschutzgesetzes zu überwachen haben, bestätigen sie vielmehr in volstem Maße. Vereinzelt nur dringen solche Stimmen in die Öffentlichkeit. So schreibt die Gewerbeaufsichtsbeamtin für den Kreis Chemnitz in dem soeben veröffentlichten „Bericht der Königlich Sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamtin für 1907“: „Die durch Generationen vererbte Sittlichkeit, die Kinder hauptsächlich als Hilfskräfte zu betrachten und als solche heranzubilden, hat dazu geführt, die Erziehung zu vernachlässigen und in der Arbeit das einzige Erziehungsmittel zu erblicken; und noch bis vor kurzer Zeit galt im Erzgebirge fast allgemein die Mutter als tüchtige Frau, die durch ihre Kinder die höchste Arbeitsleistung zu erreichen vermochte. Dazu kommt noch, daß die Mütter oft selbst mit Arbeit überbürdet sind, und daß die Kinder sich bald als Mitverwerber zu fühlen beginnen. So erklärt es sich, daß in den Orten, in denen sich das Maß der Kinderarbeit hart an der Grenze der Ausbeutung bewegt, dieucht- und Sittenlosigkeit der Kinder oft bedenklich in die Erscheinung tritt.“ Ähnliche Berichte pflegen im allgemeinen in solchen Fragen recht vorsichtig und zurückhaltend zu sein; das angeführte Urteil verdient daher gewiß besondere Beachtung.

Deutsches Reich.

— (Eine interessante Beleidigungsflagge) wird demnächst das Berliner Schöffengericht zu entscheiden haben. Die freisinnigen Reichstagsabgeordneten Kopsch und Dr. Mugdan haben den früheren Chefredakteur der „Leipziger Volks-Zeitung“, Dr. Franz Mehring, wegen verleumderischer Beleidigung verklagt. Die Straftat soll in einer Zukunft Mehrings an den „Vorwärts“ vom 12. Juli d. J. begangen worden sein, die eine achtzehn Jahre zurückliegende gemeinsame Anekdote der drei Herren und die frühere angebliche Gegnerschaft Dr. Mugdans gegen Eugen Richter behandelte.

— (Das nat.-lib. „Leipziger Tageblatt“) erscheint ab 1. Oktober nur noch einmal täglich, und zwar Sonntags als Morgen- und Werktags als Abendblatt.

— (Zur Neugestaltung der Reichsgewerbeordnung) haben im Reichsamt des Innern die Vorarbeiten begonnen. Auf mehreren Gebieten sind Änderungen der bestehenden Bestimmungen zu erwarten. Auch über eine Umgestaltung des Schankkonzessionswesens zur wirksameren Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs schweben Erwägungen. Ferner wird die Frage der Sonntagsruhe eine anderweitige Regelung finden.

Badische Politik.

Aus der nationalliberalen Partei.

28. September, 28. Sept. In der heutigen außerordentlichen Sitzung des Vorstandes des jungliberalen Vereins wurde beschlossen, Herrn Oberamtsrichter Dr. Koch unter Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die jungliberale Sache das Bedauern über seine Amtsniederlegung auszusprechen und der Öffnung Ausdruck zu geben, daß es gelingen möge, den ver-

Ein Vierteljahrhundert „Deutsches Theater“.

Am 25. Geburtstag des Deutschen Theaters in Berlin, 29. September.

Von Rudolf Kett,

ehemaligem Regisseur am Deutschen Theater.

(Nachdruck verboten.)

Es ist eine recht betrübende Erscheinung, daß in Zeiten des drängenden und hastenden Erwerbslebens auch die Bewertung des künstlerischen dem schnellen Wechsel von Auf und Ab unterworfen ist. Wer nicht gleich mit Riesenerfolg in die Arena tritt, wird beiseite geschoben, und die wenigsten bedenken, daß die süßeste Frucht vor der Reife Verderben zeigen muß. Aber selbst ein gleich im Anfang erlebter großer Sieg ist schnell vergessen, wenn die nächste Schlacht nicht ebenso glänzend geschlagen wird; selbst Verdächtigungen bleiben dann nicht aus, und nur die sind frei von solchen Anwürfen, die gar kein künstlerisches Bedenken haben, die mit kaufmännisch schlauer Berechnung Nachfragen und Angebot in Jagartikeln zu benutzen wissen. Man nimmt sie nicht recht ernst, und das mag sie oft fränken; aber sie werden bald und fest dabei in der selbstverordneten Villa. Und über den Idealismus der anderen, wenn ihnen das Glück nicht die Hand reicht, lächelt man mitleidig.

Bei der Bühne ist es nicht anders. Daß jede Theatergründung aus reinem Kunsttrieb geschieht, wird niemand behaupten wollen; aber die Ansicht, das Theater werde nur als Geschäft betrachtet, nur als Mittel, Selbständigkeit, Vermögen und eine metallglänzende Rockkappe zu erlangen, heißt denn doch die Bestimmung mancher Bühnenleiters verkennen.

Als die „Société des Artistes de Berlin“ gegründet wurde, als sie am 29. September 1883 vor die Öffentlichkeit trat, war der Antriebs eine rein künstlerische. Man brauchte nur die Namen der Gesellschaft zu hören, nur ihre bisherige Auf-

diensten Führer zu einer Wiederannahme des Amtes zu bewegen.

Heißische Politik.

Regierung und Sozialdemokratie in Hessen.

In Hessen steht ein neuer politischer „Fall“ auf der Tagesordnung. Es handelt sich um „Enthüllungen“ über freundschaftliche Beziehungen zwischen Regierung und Sozialdemokratie in Hessen. „Enthüllungen“, die — so wenig präzisiert sie bisher auch erscheinen — im Hessenlande anscheinend einen förmlichen Sturm der Entrüstung hervorgerufen haben. Am 21. September schon hatten die „Neuen Hessischen Volksblätter“ behauptet, im Ministerium herrschten „Unstimmigkeiten“, und hohe Beamte der Regierung sympathisierten mit den sozialistischen Führern. Jetzt soll auch der bekannte freisinnige Pfarrer Kessel aus Königstädten öffentlich erklärt haben: „Hohe heßische Ministerialbeamte sagten, Dr. David (der sozialdemokratische Führer) sei ihnen unentbehrlich im Kampfe gegen agrarische und kirchliche Rückständigkeit.“ Diese Nachrichten haben im Hessenlande allenthalben großes Aufsehen hervorgerufen, und Blätter der verschiedensten Richtungen bringen darüber Kommentare. So schreibt die nationalliberale „Offenbacher Zeitung“ u. a.:

„Die Regierung ist verpflichtet, sofort festzustellen, ob und in welchen Kreisen sich hohe Ministerialbeamte befinden, die mit der Sozialdemokratie nicht nur liebäugeln, sondern sie direkt unterstützen und eine Beeinflussung treiben, die gesetzlich unzulässig ist. Wir wollen im Interesse und Ansehen der Regierung nur hoffen und wünschen, daß die nähere Untersuchung die Behauptungen des Pfarrers Kessel nicht bestätigt. Wir müssen aber dringend wünschen, daß die Aufklärung seitens der Regierung recht bald kommt, soll das Vertrauen zur Regierung nicht von neuem auf schwerer Erschütterung beruhen. Herr Pfarrer Kessel hat seine Mitteilungen in so prägnanter Form zum Ausdruck gebracht, daß hier kein Mißverständnis hinfällt: Hier muß gepiffen werden.“

Das „Mainzer Journal“, das Zentralorgan der heßischen Ultramontanen, läßt sich zu der Angelegenheit in Nr. 225 also vernehmen:

Tatsächlich spricht man schon lange davon, daß gewisse „hohe Beamte“ mit den Sozialisten liebäugeln, um ihr „Ressort“ durchzubringen. Jedenfalls wird der Herr Staatsminister erkennen, daß bei solchen öffentlichen Behauptungen des Herrn Kessel ein „Totschweigen“ nicht möglich ist, daß es für ihn und sein System aber auch nicht möglich ist, hohe Beamte als Kollaborateure zu dulden, die gegen die Empfindung des ganzen Landes, gegen jedes patriotische Gefühl mit Männern „sympathisieren“, die ihren Befähigungsnachweis zur „Regierung“ soeben in Nürnberg glänzend erbracht haben. Ein schwaches Dementi hilft da gar nichts, sondern nur das Ergebnis einer sofort eingeleiteten Untersuchung. Herr Kessel weiß ja die „Ministerialkreise“, also muß er sie nennen.“

Zweiter deutscher Hochschullehrertag.

(Eigener Bericht.)

28. Sept., 28. Sept.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Professoren fast aller deutschen Universitäten und den bekanntesten Hochschullehrern Österreichs und der Schweiz trat heute im Saale des hiesigen Volkshauses am Karl-Heiß-Platz der zweite deutsche Hochschullehrertag zu seinen Verhandlungen zusammen, in deren Mittelpunkt die Stellung des akademischen Lehrers zur Freiheit in Forschung und Lehre steht. Zum ersten und Hauptpunkt der Tagesordnung: die Stellungnahme des akademischen Lehrers zur

Freiheit in Forschung und Lehre

referierte Prof. v. Amira-München unter Vorlegung folgender Resolution:

1. Die wissenschaftliche Forschung und die Mitteilung ihrer Ergebnisse müssen ihrem Zweck unabhängig sein von jeder Rücksicht, die nicht in der wissenschaftlichen Methode selbst liegt, dennoch unabhängig insbesondere von Traditionen und Vorurteilen der Massen, unabhängig von Autoritäten u. gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von Interessenten. 2. Dieser Satz liegt ebenso im Interesse des Staates wie der Wissenschaft, weil die Vermehrung und Ausbreitung der Ergebnisse die Gesellschaft niemals schädigen, sondern nur fördern kann. 3. Um im Staate jedermann zuzuführen, bedarf die Unabhängigkeit so wenig wie irgend ein anderes sogenanntes Grundrecht einer Verabstimmung im Gesetz. Es würde vielmehr, wenn sie eingeschränkt sein sollte, eines Gesetzes bedürfen. Ein solches besteht in deutschen Ländern nicht. 4. Auch aus der amtlichen Stellung eines Forschers oder Lehrers kann keine Beschränkung seiner Forschungs- und Lehrfreiheit abgeleitet werden, weder unmittelbar noch mittelbar etwa

bahn auszuweichen, so muß man bekennen: jeder für sich war so reich an Erfolgen als Bühnenmensch, an ehrenden wie klingenden, daß er nicht hoffen konnte, im Verein mit Gleichberechtigten ebenso große Beute heimzubringen, wie wenn er allein jagte. „Wronge“ war schon ein sehr vermöglicher Mann und hatte sich, wie er selbst bei Inangriffnahme des Plans betonte, „noch lange nicht ausgeschrieben“. Da er nach Uebernahme sämtlicher Mitarbeiter der leitende Direktor sein sollte, alles Geschäftliche ihm überlassen wurde — er war auch Besitzer des Hauses — konnte „Wronge“ eine Steigerung seiner schriftstellerischen Tätigkeit gewiß nicht erwarten, mußte hier also schon auf Einbuße gefaßt sein.

Der vierzigjährige Ludwig Barnay mit dem ernst schönen Herrschertypus und der vollen Stimme, die schon durch ihren dunklen Tiefsinn der sprudelnden Leidenschaft Flügel anzulegen schien, war nach ziemlich kurzer Wanderzeit am kleinen Theatern ein Wanderer als vielgestaltiger Gast erster Bühnen geworden. Hamlet, Othello, Macbeth, Ariele, Aeschylus und andere, von ihm dargestellt, hatten schon oft das Berliner Publikum ergriffen und noch mehr entzückt; zuerst innerhalb der Meininger Gesellschaft, dann in weniger prunkvoller Umgebung, aber mit noch größerem Erfolg für ihn am Nationaltheater. Und ihm fehlte auch nicht die Gabe, sich abgewandten Organisations, die er schon als Nebendirektor des Hamburger Stadttheaters hatte zeigen können. Das Schaffen eines großen, glänzenden Bühnenbilds, das Zeiten der stürmisch bewegten Menge, Kraft und Sicherheit in allem Schauspielers waren sein Herrschaftsgebiet.

Ihm nicht unähnlich in der Stellung zum Publikum war Friedrich Doose, der selbstgelebte aller nur kostweise auftretenden Schauspielers. Das Feld seiner Darbietungen war sehr umfangreich, wenn man alle von ihm gespielten Rollen aufzählt, denn da standen neben dem Hamlet und Repertoire auch herkömmliche Rogebue, aber nicht groß, sobald man feststellt, womit er sich

so, als hätte er durch seinen Anstellungsvertrag der staatlichen Amtsgewalt eingeräumt, ihm in jenen Beziehungen Schranken zu setzen. Ein solcher Vertrag würde gegen die guten Sitten verstoßen und folglich nichtig sein. Seine Erfüllung wäre eine Verletzung der im Lehramt liegenden Pflicht der Wahrhaftigkeit. 6. Die älteren stiftungsmäßigen Bestimmungen können diesen Sätzen keinen Eintrag tun, weil sie längst anachronistisch geworden und gemauertheitsrechtlich außer Kraft gesetzt, weil ferner alle Universitäts-Staatsanstalten geworden sind, deren Erhaltung aus den Stiftungsmitteln ganz unmöglich wäre und deren öffentliche Zweck nicht durch Privatgewinn begrenzt werden. 6. Ausnahmen bei obigen Sätzen sind auch nicht bei akademischen Lehrern der Theologie anzuerkennen. Sollte etwa ihre wissenschaftliche Weiterentwicklung von dem Inhalt der Theologie, die zu lehren sie übernommen haben, in Widerspruch mit den Ansichten einer Kirchenbehörde treten, so würde die Staatsregierung sich in einem Gläubigkeits einmischen, wenn sie um eines solchen Konflikts willen jene Theologen von ihren Ämtern entfernen oder auch nur an deren Ausübung hindern würde. 7. Keine Gründe gegen die Sätze unter 6. lassen sich aus Gesetzen über das staatliche Placet gewinnen, weil die Erteilung des Placet nur ein rechtliches Hindernis beseitigt, das bis dahin dem Vollzug der kirchlichen Anordnung durch die Kirchenbehörden entgegenstand, die Staatsregierung hingegen zu nichts verpflichtet. 8. Sollte eine Staatsregierung, die bezüglich der Theologiebeamten hier aufgestellten Sätze nicht in vollem Umfange anerkennen, so würde sie damit unter den Hochschullehrern einen Gegenstand von zwei Klassen schaffen, eine Klasse, der die Pflicht der Wahrhaftigkeit, und eine andere Klasse, der die Pflicht der Unwahrhaftigkeit auferlegt wäre. Die Folge wäre die Unmöglichkeit irgend eines Zusammenwirkens dieser beiden Klassen und es müßte daher auf dem Wege der Selbstverwaltung dazu kommen, daß die Angehörigen der zweiten Klasse um ihren Einfluß auf das akademische Leben gebracht werden. 9. Aus der 2. Resolution ergibt sich die Gefahr, die mit der Zulassung konfessioneller von Kirchengemeinschaften errichteter und besuchter Hochschulen selbst dann verbunden bleibt, wenn dem an solchen Hochschulen zurückgelassenen Studium in keiner Weise der rechtliche Wert ausgedehnt wird, der dem Studiengang an staatlichen Hochschulen innewohnt.

An den Vortrag von Prof. v. Amira-München knüpfte sich eine außerordentlich rege Diskussion, in der zunächst die einzelnen Theile des Referates berörten wurden. Zunächst wurde die These 1 behandelt. Prof. Alfred Weber-Heidelberg empfahl folgenden Antrag: „Damit die Hochschulen Schranken unabhängig von Forschungen und Lehre sein können, darf Weltanschauung und politische Stellung des Forschers und Lehrers niemals ein Grund der Nichtzulassung oder des Ausschlusses vom Lehramt sein.“ Bei der Abstimmung wurde die These 1 in der Fassung des Referenten v. Amira einstimmig angenommen, nachdem ein Abänderungsantrag von Amira gefallen war. Die These 2 wurde ohne Debatte angenommen und darauf der Antrag Alfred Weber-Heidelberg beraten, wonach Weltanschauung und politische Stellung des Forschers und Lehrers niemals ein Grund der Nichtzulassung oder des Ausschlusses vom Lehramt sein dürfte. Bei der Abstimmung wurde ein Antrag von Amira angenommen, die Sache zu vertagen, und dabei ausdrücklich festgestellt, daß man sich nicht um die Veratung der Sache drücken wolle, sondern daß sie für den nächsten Hochschullehrertag entsprechend vorbereitet werden soll. Diese 3 wurde darauf unter Streichung der beiden letzten Sätze in folgender Form angenommen: „Um im Staate jedermann zuzuführen, bedarf die Unabhängigkeit so wenig wie irgend ein anderes sogenanntes Grundrecht einer Verabstimmung im Gesetz. Es wurde sodann die These 4 des Referenten von Amira zur Diskussion gestellt. Hinzugefügt, man solle nicht über die folgenden Theisen einzeln diskutieren. Wenn ein Minister wisse, daß jemand ein revolutionärer Anarchist sei, so würde er seine Pflicht verletzen, wenn er den Mann zulasse. Prof. Dr. H. v. Meißner: Die letzten fünf Theisen tragen geradezu die Ueberschrift: gehören die theologischen Fakultäten noch in die Universitäten? Zweifellos liegt eine Spannung vor, die aus allen theologischen Fakultäten zum Bewußtsein kommt. Die theologischen Fakultäten sind an den Universitäten, weil geschichtlich unsere Universitäten aus kirchlichen Gründungen hervorgegangen sind. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß das christliche Glaubensbewußtsein nicht in annehmbarer gleichem Maße von der Einheit der Staatsangehörigen geteilt wird, wie das bei anderen Dingen der Fall ist. Früher hatten wir christliche Völker, folglich auch einen christlichen Staat. Diesen haben wir jetzt nicht mehr. Wir haben heute Leute, die mit Bewußtsein nicht mehr Christen sein wollen. Und diese Leute haben ja das gleiche Recht am Staate wie andere. (Lebhafter Zustimmung.) Darin liegt die Schwierigkeit, daß manches gelehrt wird, von dem ein großer Teil der Staatsangehörigen sagt: das interessiert mich überhaupt nicht mehr. Sollen die theologischen Fakultäten bei den Universitäten verbleiben oder nicht? Ich sehe der Behandlung dieser Frage mit großer Seelenruhe entgegen, denn die Lösung wird auch hier aus der Praxis sich ergeben. Die Regierung hat eine große Dummheit gemacht, als sie mit der Streich-

keinen Auf geschossen. In diesem engeren Raum freilich geht er als Meister der Kleinmalerei und zugleich, gehoben durch eine Erhebung von auffallender Borntheit — wenn dies kein Widerspruch — als berufenster Vertreter des Grandseigneuriums sein alter „Kingsberg“, sein Thorax im „Königsbrennol“ waren immer wieder bekannte, immer wieder Zulauf findende Leistungen. Wer ein festliches Erleben oder doch tieferes Erleben begehrte, fand freilich statt dessen wohl auch einmal gut angebrachte Schminke und einwandfreie Technik. Als Direktor (Leipzig) hatte Friedrich Doose mit der subtilen und reichen Inszenierung des „Kaufmann von Venedig“ Aufsehen gemacht.

Anders geartet war der Hoftheaterleiter Dr. August Fischer. Mit außerordentlich vielseitigem Wissen und feinstem Sprachgefühl verband er wohlthuende Natürlichkeit als Darsteller, und wenn er auch kein so viel verlangter Gastspieler war, so lag das weniger an der Bescheidenheit seines künstlerischen als an der feinen Körperlichkeit — er war schon frühzeitig von besonderer Statur — das ihm enge Grenzen zog. In späteren Jahren, da er Bälletrollen spielte, die sich mit seinem Außenmenschen deckten, siegte er leicht durch echten Humor und immer erkennbares Ueberzeugtsein von seiner Aufgabe. Wenn Barnay und Doose als Regisseure von jeher ihr Hauptaugenmerk auf das Gesamtbild — auch im weiteren Sinne natürlich — gerichtet hatten, so waren es bei Fischer in erster Reihe die Einzelleistungen. Bei Zweifeln, wie der Dichter es meinte, war er immer der zuverlässigste Verstärker, ja Entscheider. Lange Jahre hatte er als rechte Hand Dankes am Burgtheater gegolten, auch durch sechs Jahre die städtischen Bühnen Leipzigs geleitet.

Eine feine künstlerische Erscheinung war Siegmund Friedmann. Von mehr als Mittelgröße und dabei glockiger Schamheit, mit braunen, weichen Augen und einer etwas verschleierten Stimme, die er zu rauhem Donner steigern konnte, war er wohl der vielseitigste unter den hervorragenden deutschen Schauspielern. Als — wie es heißt einziger — Schiller, Dantons,

sogenannten Humanität, des dogmenlosen Christentums, des religiösen Indifferentismus war. Daß ein solcher Mann einem Volke, dessen Grundgesetz die Härtehaftigkeit ist, als Heiland und Gott verehrungswürdig erscheint, ist ja schließlich begreiflich; — verstandene Seelen finden sich — aber ein hartes Stück ist es doch, nach anderen Reuten den Haß des Christentums, den symbolischen Verächter der sittlichen Gebote als „ewiges Heil“, als „Erlöser“ zur Verehrung zu präsentieren.“

Der frivole Verächter der sittlichen Gebote, Goethe, hatte im kleinen Finger mehr Eifer als die Hintermänner des „Brudersaler Bote“ in ihren verehrungswürdigen Auserwählten. Das ist aber eine Erkenntnis, welche diese Dummköpfe wahrscheinlich nicht so in Eile zu bringen brauchen.

Bekehrungs „Kritik“ in Paris. Frank Bekehrungs Kindeckardie, die in Deutschland und in Rußland große Erfolge gehabt hat, wird demnächst auch auf einer Pariser Bühne erscheinen. Die Pariser Theater des Grand Opéra schreibt, beabsichtigt der Direktor des Theaters des Arts M. d'Amat als eine der ersten Bekehrungen der Saison „Au Souffle du Prince“ (Im Frühlinghauch), wie die etwas literarisch-sentimentale Heberhebung des Titels lautet, aufzuführen. Das Stück wird „als die gewagteste Sache, die man noch bisher in Paris gesehen hat“, angekündigt.

Aus dem Großherzogtum.

* Karlsruhe, 27. Sept. Wegen Fortdauer der Seuchengefahr wurde das zur Zeit bestehende Verbot des Handels mit Geflügel im Umherziehen bis 1. April 1909 verlängert.

* Andern, 27. Sept. Gestern vormittag 9 Uhr fand im Ochsenstall hier die Eröffnung der landw. Gausausstellung durch Herrn Oberamtmann Goertt statt. Zum Eröffnungsgast hatten sich u. a. eingefunden: der Minister des Innern Hr. v. Bodman, Groß- u. Ober-Hof-Rat Salzer-Emmendingen, Gef. Rat Schütz-Jensenau, der Vorsitzende des Kreislandwirtschaftlichen Vereins Hr. v. Dender-Salbach, Landtagsabgeordneter Geyert, Wahl-Vorsteher Scheiter, sowie Vertreter des Kreislandwirtschaftlichen Vereins, Korporationen und eine große Anzahl Interessenten. An den feierlichen Eröffnungsgast schloß sich ein Rundgang durch die sehr geschickt arrangierte Ausstellung unter der Leitung des Oberamtmanns Goertt, während welcher sich Herr Minister v. Bodman sehr anerkennend über die Reichhaltigkeit und das hübsche Arrangement aussprach. Im Ochsenstall und Hofe sind ausgestellt: Trauben, Weine und Konferven, den Hauptteil aber nimmt die Obstausstellung ein. Hier sind alle Sorten Äpfel und Birnen in schönen Exemplaren zu sehen. Weiter sind Obstbäume, Bodmaterial, landw. Geräte und auf die Obst- und Landwirtschaft bezügliche Literatur vorhanden. Aussteller sind Gemeinden, Anstalten und Private. In einem anderen Saale ist die Kreislandwirtschaftliche und Kreislandwirtschaftliche Schule in Wül mit ihren Produkten vertreten. Weiter sind hier landwirtschaftliche Versuchsinstrumente nebst verschiedenen anderen in der Landwirtschaft verwendbaren Gegenständen. Im Hofe befindet sich eine Ausstellung verschiedener Arten Rassen-Geflügel und Rindern, welcher sich eine solche von Sämereien und Kartoffeln anschließt. Nebenbei im Engeltgarten befindet sich noch ein reichhaltige Gemüse- und Düngerausstellung. Die Gesamt-Einstellung bietet ein anschauliches Bild von dem Bestreben der Landwirtschaft unseres Gaues, durch Ausnützung aller zu Gebote stehenden Hilfsmittel den landw. Betrieb nützlich und zu vervollständigen und auf der Höhe der Zeit zu erhalten. Nach der Besichtigung der Ausstellung begannen die Preisrichter ihre Tätigkeit. Als Prämie werden eine große Anzahl Geld- und Ehrenpreise vergeben. — Bei dem Festmahle im „Hotel Rott“ hielt der Minister des Innern, Hr. v. Bodman, eine längere Ansprache, in der er die hohe Bedeutung unserer einheimischen Landwirtschaft betonte. Er wurde, betonte der Minister, solange er im Amte bleibe, der Landwirtschaft immer ein persönliches Interesse zuwenden, soweit dies im Rahmen des Gesamtwohls der Bevölkerung liege. Die beiden festlichen Ausstellungen wurden vom Minister eingehend besichtigt. Die heutigen Jubiläumsfeierlichkeiten der Stadt Andern verliefen in schöner Weise. Morgens 11 Uhr wurde der Jubiläumsschranke eingeweiht und vormittags fand ein schöner Kinderfestzug statt. An den Großherzog wurde ein Jubiläumsgedicht abgelesen. Die landw. Gausausstellung wird heute Montag, die Gewerbe- und Industrieausstellung am Dienstagabend geschlossen.

* Hornberg, 28. Sept. Stadtrechner Freudenberger von Hornberg wurde am 11. ds. Mts. von Tübingen nach Offenburg verbracht. Die Gesamtunterveranschlagung beläuft sich auf 14 200 M., von denen 1200 Mark durch Vermandte gedeckt sind. Die Verhandlung wird vor dem nächsten Schwurgericht stattfinden.

Von Tag zu Tag.

— Skelettfunde. Ulm, 29. Sept. Bei Erdbarbeiten in der Kellersstraße wurden 80 Zentimeter tief vier wohlgehaltene Skelette in den alemannischen Reihengräbern aufgefunden.

— Großfeuer. Erfurt, 29. Sept. Der „Erfurter Allgemeine Anzeiger“ meldet aus Ohrdruf: Gestern nachmittags gegen 1/2 Uhr brach in der bekannten Spielwarenfabrik Karl Beck Aktiengesellschaft, der größten am hiesigen Orte, Feuer aus, dem das alte Fabrikgebäude mit vielen Warenbeständen zum Opfer fiel. Das neue Fabrikgebäude konnte durch das energische Eingreifen der Feuerwehr gerettet werden.

— Gelandete Ballons. Köln, 29. Sept. Von den gestern aufgelisteten Ballons sind drei im Laufe des Nachmittags auf der rechtsrheinischen Seite nahe der westfälischen Grenze gelandet; der Ballon „Vusien“, der das Gordon-Bennet-Fliegen mitmachte, ist abends 6 Uhr in Überdalen bei Hamm in Westfalen gelandet.

— Folgen falscher Weichenstellung. Birkenfeld, 29. Sept. Der um 7 Uhr heute früh nach Birkenfeld-Reutbrücken abgegangene Zug fuhr u. „Ziff. Bg.“ infolge falscher Weichenstellung in einen Güterschuppen hinein. Eine Person wurde beschädigt, ein Reisender verletzt. Der Materialschaden ist unbedeutend.

— Ein jugendlicher Selbstmörder. Berlin, 29. Sept. Gestern nachmittags erhängte sich in seiner elterlichen Wohnung der 1899 in Steil geboren Sohn des Archivars Fritz H. Als die Mutter von einer Besorgung heimkehrte, sah sie das Erschlossene und rief einen Arzt herbei, der aber keine Hilfe mehr bringen konnte. Der Knabe hatte seiner Mutter 5 Mark entwendet und trieb sich damit umher, bis Hausbesitzer ihn aufgriffen. Er befand sich in Verhaftung.

— Rom Zug überfahren. Thorn, 29. Sept. Wie die „Ostdeutsche Presse“ aus Schipitz meldet, wurde in der vergangen Nacht ein Postzug aus Jarzen auf freier Strecke von einem Eisenbahnzug überfahren. 2 Personen wurden hierbei getötet.

Der Zwischenfall von Casablanca.

* C.K. Paris, 28. Sept. Der Zwischenfall von Casablanca wird auch heute von der hiesigen Presse ziemlich leidenschaftlich besprochen. Aus den verschiedenen Artikeln hängt der Wunsch heraus, daß die angebliche Verhaftung zwischen Frankreich und Deutschland durch den unliebsamen, marokkanischen Vorfall keine Störung erleiden möge. Die „Aurore“ schreibt: „Die eingeleitete Untersuchung wird allein die Richtigkeit der Anschuldigungen ergeben.“

Die zwischen dem deutschen Geschäftsträger in Tanger Baron Wangerheim und unserm dortigen Minister, Hr. Rehnau am Samstag stattgehabte Unterredung in Bezug auf den Zwischenfall von Casablanca, trug beiderseits einen durchaus concilianten Charakter. Es ist anzunehmen, daß die beiden Regierungen, unter dem persönlichen Eindruck der deutschen Antwort auf die französisch-spanische Note, die Sache in gleicher Weise behandeln werden.“ — Die „Petite République“ äußert sich folgendermaßen: „Es wäre gefährlich, die Bedeutung dieser neuesten Manifestation von Antagonismus zwischen Deutschland und Frankreich auf marokkanischem Boden, sich zu verhehlen. Das ist nur ein Grund mehr, kaltes Blut zu bewahren. Sagen wir übrigens, daß sich da der kaiserlichen Regierung eine glänzende Gelegenheit bietet, durch ihre Intervention, die Aufrichtigkeit der entgegenkommenden Versicherungen, welche ihre Antwort auf die französisch-spanische Note enthält, zu beweisen. Da man am Ende d'Oran sicherlich nicht Unzugänglichkeit oder Voreingenommenheit zeigen wird, so dürfen sich die Dinge ohne Schwierigkeiten arrangieren lassen.“

* Paris, 28. Sept. Im Gegensatz zu dem tendenziösen Versuch des Temps, dem deutschen Konsulat in Casablanca die Schuld an dem Zwischenfall mit unbewiesenen Beschuldigungen und fadenheftigen Behauptungen aufzubürden, beurteilt das Journal des Debats den Fall mit anerkannter Würdigung und Unparteilichkeit. Das Blatt will die Rechtsfrage, erklärt es, zunächst ganz beiseite stellen; denn um darüber übereinzukommen, würde man wohl lange warten können. Wenn aber auf Grund eingehender amtlicher Berichte die tatsächlichen Punkte festgestellt seien, so dürften die beiden Regierungen nicht zögern, sich ohne Forderungen eine Meinung über die Haltung ihrer Beamten zu bilden und daraus ihre Folgerungen ziehen. Von welcher Seite auch das Unrecht komme, von dem einen oder dem andern Lande, es sei notwendig, auf die Beamten, deren Uebertretung oder Uebereifer den Streit verurteilt habe, die entsprechenden Folgen anzudeuten. Außer der strittigen Rechtsfrage liege die Frage des Verhaltens durch Beobachtung der elementaren Rücksichten vor, die aufzuklären nicht schwer fallen könne.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Mainz, 29. Sept. Der Kongreß der Association litteraire et artistique internationale beschloß heute, die Regierungen um Aufnahme des Nachdruckverbots für Zeitungen und Zeitschriften in die Berner Konvention sowie um das Nachdruckverbot für Telegramme und telephonische Nachrichten zu ersuchen.

* Wiesbaden, 29. Sept. Die Vorarbeiten zum Bau der elektrischen Schnellbahn Frankfurt-Wiesbaden sind bereits soweit gediehen, daß binnen kurzem an die Befestigung der Strecke gegangen werden kann. Schwierigkeiten macht aber jetzt die Auseinandersetzung über die Konzessionsdauer. Denn die Unternehmungsgesellschaft will die Konzession auf 99 Jahre, während die Eisenbahnverwaltung nur eine Konzession von beschränkter Dauer gewähren will, etwa auf 25 bis 30 Jahre, um der Gefahr einer Konkurrenz zu entgehen und instand zu sein, jederzeit die Bahn zu übernehmen.

* Wiesbaden, 29. Sept. Die Teilnehmer an dem internationalen Pressekongreß trafen mittags Sonderzug aus Frankfurt heute vormittag hier ein. Mittags um 12 Uhr veranstaltete der Magistrat ein Gabelfrühstück, an dem Vertreter der Behörden teilnahmen. Der Oberbürgermeister begrüßte die Gäste, worauf Schweizer-Berlin mit einem Hoch auf Wiesbaden erwiderte. Nachmittags fand ein Ausflug nach Mainz und Himmelsausen statt. Heute abend ist großes Konzert im Kurhaus.

* Winst, 29. Sept. Zu Ehren des heimkehrenden deutschen ostasiatischen Detachements fand hier ein Festessen für die Offiziere und eine Bewirtung der Unteroffiziere und Mannschaften statt.

* Kopenhagen, 29. Sept. In der heutigen Holsting-Sitzung wurde der Budget-Voranschlag für das Rechnungsjahr vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 vorgelegt. Er gibt die Einnahmen mit 94 064 289 Kr. und die Ausgaben mit 101 323 268 Kronen an. Es ergibt sich somit ein Defizit von 7 258 979 Kronen. Für das laufende Rechnungsjahr wird ein Defizit von 1 089 000 Kronen erwartet, welches infolge der vom Holsting vorgenommenen Aufrechnung auf 4 Millionen fröh. Die Ausgaben für das Kriegsministerium wurden auf 13 252 329 Kronen festgesetzt, für das Marine-Ministerium sind 8 290 901 Kronen vorgezogen. Die Einnahmen aus den direkten Steuern werden auf 15 181 000 Kr. veranschlagt gegen 14 440 000 Kr. im Vorjahr. Diejenigen aus den indirekten Steuern werden auf 64 308 100 Kronen geschätzt. Am 31. März 1900 betrug der Staatskassenbestand 42 Millionen Kronen. Die innere Staats-schuld wird für 1. April 1900 auf 88 Millionen und die äußere auf 166 Millionen Kronen veranschlagt.

* Konstantinopel, 29. Sept. Wie türkische Blätter melden, ist der Kurdenführer Ibrahim nach dreistündigem Gefecht während der Nacht aus Wranoschir in der Richtung gegen Sindjar geflüchtet, seine Verfolgung wurde eingeleitet.

Die Diamantenfunde in Deutsch-Südwest-Afrika.

* Köln, 29. Sept. Einer Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“ zufolge, schweben zur Zeit wegen des Vorkommens von Diamanten bei Lüderitzbucht Verhandlungen, die auf ein gemeinschaftliches Zusammengehen aller Interessenten unter Gründung einer großen deutschen Gesellschaft, abzielen. Das Reichskolonialamt zeigt durch Verfügung vom 22. September an, daß das für Diamantenfunde wichtige Gebiet der deutschen Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika von der allgemeinen Schurfreiheit ausgeschlossen ist.

Das spanische Königspaar in München.

* München, 29. Sept. Der König von Spanien unternahm heute einen Spaziergang im Hofgarten und in der Stadt, wo er Einkäufe machte. Um 11 Uhr fuhr der König zum Prinz und Prinzessin Ludwig zur Jagd im Forstrieder-Parke. Der König von Spanien besuchte am Vormittag die Ausstellung im Glas-Palast und nahm hierauf das Frühstück bei dem Prinz und der Prinzessin Ludwig. Später folgte die Rückfahrt durch die Stadt. König Alphonso hat eine Reihe Aufzeichnungen verfaßt.

Das Unglück auf der Berliner Hochbahn.

* Berlin, 28. Sept. In dem Befinden der schwerverletzten Opfer der Hochbahnkatastrophe ist heute eine wesentliche Besserung nicht eingetreten. Auch der Zustand des Zugbegleiters Otto Nlemm und der Stenotypistin Elise Hill hat sich nicht verbessert, immerhin besteht bei beiden Verunglückten noch eine gewisse Lebensgefahr. Die Hochbahn-Gesellschaft beweist den Hinterbliebenen großes Entgegenkommen; sie hat, um

den Angehörigen der Verunglückten wenigstens die materiellen Sorgen abzunehmen, Vorschüsse gezahlt, und übernimmt die vollen Kosten der Beerdigung bei allen Toten, deren Angehörige es nicht direkt abgelehnt haben. Auch die Kosten für den Aufenthalt im Krankenhaus, sowie die privatärztliche Behandlung trägt die Hochbahn-Gesellschaft. In allen Fällen, in denen durch den Tod eines Angehörigen in den Erwerbsverhältnissen der betreffenden Familie eine Störung eingetreten ist, hat die Gesellschaft die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt, ebenso dort, wo die jetzt noch am Erwerb Verhinderten nichts zum Unterhalt ihrer Familien beitragen können. Das Verhör der Zeugen durch die Kriminalpolizei wurde heute fortgesetzt. Einer der Zeugen hat ausführliche Mitteilungen über das Verhalten des verhafteten Motorführers Schreiber gemacht. Schreiber schlug nach dem Unglück die Hände vor dem Gesicht zusammen und rief, ohne daß von der Schuldfrage die Rede war, jammernd und weinend fortwährend, daß er unschuldig sei. Er bedauerte auch seine arme Familie und versuchte, sich vom Stadtkopf herab, zu stürzen. Dann stierte er wie geistesabwesend auf das Signal, bis er völlig zusammenbrach und von Berufsgenossen fortgebracht wurde.

* Berlin, 29. Sept. Das Unglück auf der Berliner Hochbahn läßt sich jetzt in seinem vollen Umfange übersehen. Die Zahl der Toten ist etwas geringer als bisher angenommen war, sie beträgt 16. Die Schwerverletzten befinden sich den Umständen nach ziemlich wohl und es besteht keine unmittelbare Gefahr, doch ist bei vielen wegen der Schwere ihrer Verletzungen das Leben bedroht. Uebrigens sind noch weitere Personen verwundet worden, die gleich in ihre Wohnung gebracht wurden.

Die Reisen des Königs von Spanien und die Anarchisten.

* Budapest, 29. Sept. Die Polizei verhaftete heute nach 2 Anarchisten namens Robinson und Raslow, die anlässlich der bevorstehenden Ankunft des spanischen Königspaares in Budapest eingetroffen sind. Im Besitze von Raslow wurden Zeichnungen von Bomben und anderen anarchistischen Werkzeugen vorgefunden. Raslow wird in der Geheimsache der Anarchisten von der Budapest Polizei geführt. Die Polizei stellt die Verhaftung von Anarchisten in Abrede. (Ziff. Bg.).

Die Cholera.

* Brüssel, 29. Sept. Die Blättermeldung aus Lüttich, daß eine aus Warschau zugereiste Dame cholerafrank sei, ist falsch. Es handelt sich hier um eine Dame aus Lyon, die in Warschau der Beerdigung ihres Bräutigams, eines Militärarztes, der Cholerafranke behandelt hatte, beizuwohnte. Auf der Rückreise nach Paris mußte sie in Lüttich den Zug verlassen, da sie infolge der Aufregung erkrankt war.

Die Verfassungskämpfe in Persien.

* Teheran, 29. Sept. Die dreitägige Beschießung der Stadt ist ergebnislos verlaufen und erwies die Schwäche und Untauglichkeit der Strafexpedition, die sich aus Mannschaften wilder, nicht gekultur Stämme zusammensetzte. Beide Parteien wandten sich mit der Bitte um Vermittelung an den russischen Konsul. In der Stadt herrscht großer Brotmangel, da die Zufuhr aus der Umgebung auf Befehl Ain A. Daulsch eingestellt ist.

Priester als Spiritisten.

* Rom, 28. Sept. Auf Ersuchen des Vatikan trat heute der seltene Fall ein, daß die italienische Polizei zwei Priester an der Ausübung ihrer kirchlichen Funktionen verbot. Die beiden Priester hielten eine Reihe spiritistischer Sitzungen ab, wobei eine 50jährige Dame als Medium mitwirkte. Der Papst ließ die beiden Geistlichen kommen und ermahnte sie, ihre Sitzungen aufzugeben. Allein die beiden Priester erklärten kategorisch, ihr Medium sei nichts Geringeres als die Inkarnation des heiligen Geistes. Darauf hat nun der Vatikan die beiden Priester durch Polizisten des italienischen Senates maßregeln lassen.

Bulgarien und die Türkei.

* Konstantinopel, 29. Sept. Obwohl der Großwesir mehrfach erklärte, man werde wegen des Rückfalls der Orientbahn mit Bulgarien erst dann in Verhandlungen treten, wenn Bulgarien die Orientbahnen zurückgegeben hat, ist doch nach der „Frankf. Bg.“ der allgemeine Eindruck der, daß die Türkei die Annexion durch Bulgarien über sich ergehen lassen und deshalb keinen Kriegskonflikt heraufbeschwören werde. Ausdrücklich wird für diese Haltung die innere Schwäche, die nicht genügenden Vorbereitungen und der relative Gleichmut, womit die militärischen Kreise einer Annexion der Bahn gegenüberstehen. Selbst wenn Bulgarien seine Unabhängigkeit erklären sollte, würde dadurch keine Verschärfung in der Situation eintreten, vorausgesetzt, daß in die Unabhängigkeit nicht auch Ost-Rumelien einbezogen wird. Sollte Bulgarien dies dennoch tun, so würden Strömungen, die Oberhand gewinnen, welche den Kern der Mohammedaner einfassen würden.

* Konstantinopel, 29. Sept. Die türkischen Blätter beschränken sich heute auf die Wiedergabe europäischer und besonders französischer und englischer Zeitungsstimmen bei der bulgarischen Zwischenfälle. Nur das Organ des Großwesiers Zemy Gazetta veröffentlicht einen Leitartikel: Europäisches Zentrum. Der Leitartikel weist auf die Verschärfung der Sprache der österreichischen Presse in der Angelegenheit des Schotows in der Angelegenheit der Orientbahn hin und hebt die gemäßigten Sprache der englischen und französischen Presse hervor. Der Leitartikel schließt mit folgender Betrachtung: Angenommen, daß Österreich die Gelegenheit benutzte, um seinen Einfluß zu erhöhen, indem es daraus Nutzen zieht, daß Rußland mit andern Angelegenheiten beschäftigt ist, so muß berücksichtigt werden, daß Österreich ein Mitglied des Dreibunds und Bundesgenosse Deutschlands ist.

Unter dem alten Regime schienen unsere Beziehungen mit Deutschland fest, wenn auch Deutschland sich benahm, wie es gegenüber einer absolutistischen Regierung angeeignet war. Wir hoffen, daß es gute Beziehungen mit der konstitutionellen Regierung behalten will. Wir schätzen die Stellung, welche Deutschland im Zentrum Europas und unter den europäischen Völkern einnimmt. Wir betrachten ernstlich unsere Beziehungen zu dieser großen Macht unter der Führung der verfassungsmäßigen Form und wir denken, daß Deutschland keine wirtschaftlichen Interessen im Orient erhalten will. Die Tatsache, daß Deutschland keine politischen Ziele im Orient verfolgt, lassen uns keinen Zweifel über die Ausdehnung des wirtschaftlichen Verbandes, eines Bundes, das eine wichtige Aussicht zur Erhaltung guter Beziehungen ist.

Volkswirtschaft.

Die Lage des Arbeitsmarktes im August 1908.

Der derzeitige Geschäftsstand im Bereich der hiesigen Arbeitsnachweise nach immer noch als ungünstig bezeichnet werden. Die Inanspruchnahme der Anstalten seitens der Arbeitgeber ist in der männlichen Abteilung erheblich, und zwar um 621 Aufträge gegenüber dem Juli d. J., um 1428 gegenüber dem Monat August des Vorjahres zurückgegangen. Dagegen hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden in dieser Abteilung beinahe auf der gleichen außerordentlichen Höhe gehalten (des Vormonats) und übersteigt die Vergleichsziffer des Vorjahres sogar um über 3300 Stellenjüngende. Die Zahl der bereitgestellten Stellen betrug sich in gleich unglücklichen Verhältnissen; es konnten kaum 35 Prozent der um Arbeit Nachfragenden untergebracht werden gegen 38 Prozent im Juli d. J. und 46 Prozent im August 1907. Ein weiterer Beweis für die ungünstige Geschäftslage ergibt sich daraus, daß im August 1. J. auf 100 offene Stellen 288 Arbeitsuchende entfielen gegen 210 im Juli d. J. und 146 im August v. J. Die Vermittlungstätigkeit in der weiblichen Abteilung zeigt außer der Tatsache, daß die Zahl der Arbeitsuchenden — gegen die allgemeine Regel — diejenige der offenen Stellen nicht unerheblich übersteigt, keine außerordentlichen Zahlenveränderungen.

Mehlmühlens-Aktiengesellschaft in Reisholz bei Düsseldorf. Unter dieser Firma wurde eine Aktiengesellschaft gegründet, die mit einem Grundkapital von 800 000 M. ausgestattet worden ist. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Mühlen- und sonstigen und ähnlichen oder verwandten Erzeugnissen sowie der Handel damit, ferner die Erwerbung von ähnlichen oder verwandten Gesellschaften usw. Die Gründer der Gesellschaft haben sämtliche Aktien übernommen.

Schweizer-Alfa Eisenwerke A.-G. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 30. Oktober stattfindenden Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1907/08 die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent (i. S. 10 Prozent) vorzuschlagen. Der Reingewinn beträgt M. 1 323 006; hiervon sollen M. 351 862 zu Abschreibungen verwendet werden. Der Vortrag auf neue Rechnung beträgt M. 811 162.

Vereinigte Zinkfabriken A.-G., Kärnten. Der Abschluß der Vereinigten Zinkfabriken A.-G. für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr ergibt einschließlich M. 82 611 Gewinnvortrag einen Bruttogewinn von M. 1 914 296 (i. S. M. 1 024 444). Nach Abzug der Abschreibungen, der fagungsunfähigen Lantienmen, der Zuerkennung an die Zinkfabrikanten u. die Gewinnrückstellungen betrug der Nettogewinn M. 1 927 763, ferner nach Ueberweisung von M. 50 000 an den außerordentlichen Reservefonds und von M. 135 000 an die Spezialreserve verbleibt ein Reingewinn von M. 846 832 (i. S. M. 846 111), wovon eine Dividende von 15 Prozent (i. S. 20 Prozent) auf M. 84 032 (i. S. M. 83 611) auf neue Rechnung vorgeschlagen werden. Die Generalversammlung findet am 19. Oktober statt.

Berliner Talgverwertung G. m. b. H. Unter Mitwirkung der Berliner Viehwirtschafts-Gesellschaft als Besondere soll namentlich eine Berliner Talgverwertung G. m. b. H. in Berlin-Lichtenberg, nachdem die Konzession zum Bau und Betrieb einer Talgmelerei erteilt ist, konstituiert werden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt M. 1 200 000. Die Geschäftsgegenstände liegen in den Händen der Berliner Talgverwertung, zu der die Neugründung in engen Beziehungen stehen wird.

Kalkverwertung Hannover. Die außerordentliche Generalversammlung der Kalkverwertung Hannover beschloß einstimmig 100 M. Zuzug auf den zur Ausführung weiterer Maßnahmen.

Aktiengesellschaft Deutsch-Westfälische Kompanie in Berlin. Unter dieser Firma soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, die das Aufwandskonto nach Berlin betreibt. Das deutsche Nieder- und Ober- und G. m. b. H. in Charlottenburg, fordert Interessenten zur Zeichnung auf. Das Kapital soll bis 1 Million Mark betragen, wovon 970 000 M. in Zinsen- und Aktien über 1000 Mark zum Kurse von 105 Prozent beizugegeben werden, während M. 30 000 zum Nennwert die Firma Ober- u. Brandsped in Berlin-Geh. übernimmt. Als Grundlage der neuen Gesellschaft ist der Ankauf dieser bereits in Berlin bestehenden Firma vorgesehen, Gegenstand des Unternehmens ist, in Berlin und anderen überseeischen Ländern Handelsbeziehungen jeder Art sowie landwirtschaftliche, gewerbliche, industrielle und Montan-Unternehmen zu betreiben.

Von der Berliner Börse. Das Betriebsklima auf der Hochbahn hatte an der gestrigen Börse eine Doppelmehrung. Die Aktien der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen gingen um 0,80 Prozent auf 126 Prozent zurück. Das Angebot war nicht sehr umfangreich; es wurde an der Börse auf ca. 40 000 M. beziffert, die von der der Verwaltung nachstehenden Bank aufgenommen wurden. Andererseits trat laut „Berl. Tagbl.“ für die Aktien der Großen Berliner Straßenbahn ein recht lebhaftes Interesse hervor, weil an der Börse angenommen wurde, daß diese Unternehmen, wenigstens in der nächsten Zeit, von dem Umsatze auf der Hochbahn infolge der Vorteile haben werde, als eine vorübergehende Steigerung des Verkehrs der Straßenbahn durch Uebergang von Passagieren der Hochbahn auf diese erwartet wird. — Die Verwaltung der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen macht folgende Mitteilung: „Die Gesellschaft ist zum Teil durch Versicherung sowohl gegen den eingetretenen Schaden als gegen die zu zahlenden Unfallentschädigungen gedeckt. Die Verwaltung hofft, daß die ihr aus diesen Versicherungen ausfließenden Beträge zusammen mit den für solche Fälle von ihr selbst reservierten Fonds für die ihr daraus erwachsenden Verpflichtungen ausreichen werden.“

Die Gasantriebsmaschinenhandlung „Orlof u. Schelsow“ in Moskau hat, nach dem „R. V. G.“ ihre Zahlungen eingestellt. Vereitigt sind vornehmlich Fabrikanten. Die Passiven belaufen sich auf etwa 600 000 Rubel.

Zur Preisgestaltung am Aluminium-Metallmarkt. Die Annahme, daß mit dem Preise von 1 M. 80 der Zeitpunkt für das Alu. reizen, d. h. für geringen Aluminium erreicht sei, hat sich als irrig erwiesen. Zur Zeit gelten für das Alu. Rohaluminium Preise von 1 M. 35 und darunter. Da in der Sitzung der Vertreter der Aluminiumwerke, die dieser Tage in Paris stattfand, eine Einigung über die Endabrechnung nicht erzielt und die Auflösung des Syndikats auf 1. Oktober d. J. somit beschlossene wurde, so ist anzunehmen, daß der Preis nach der wesentlichen tieferen Verkaufspreisen zeitigen wird. Vom 1. Oktober ab haben alle fünf, bisher am Syndikat beteiligten Werke freie Hand, sowohl hinsichtlich der Erzeugung, als auch bezüglich der Preise. Die Aufträge werden nun durch Preisnachlässe erklärt; freilich sind die bisherigen Syndikatspreise durch ihre, in den letzten Jahren erzielten, großen Gewinne, auf den Konkurrenzkampf gut gerüstet; der Reiz, der zur Aufschüttung einer Dividende aus Betriebsgewinn sich ergibt, ist daher vielleicht nicht in der Höhe der letzten Jahre zu erwarten; durch die allgemein wirtschaftliche Lage ist ein geringerer Verbrauch an Aluminium zu konstatieren, gleichzeitig aber eine Steigerung der Erzeugnisse. Die Konsumenten werden sich daher angesichts der vorherrschenden Verhältnisse nicht, ihren Bedarf einzupreisen, da sie aus dem beginnenden Konkurrenzkampf noch wesentliche Vorteile erwarten.

Vom Kalkyndikat. In der vorgestrigen Aufsichtsratsitzung des Syndikats wurde nach mehrstündigen Debatten beschlossen, den

Vertrag, welchen die Aufnahmekommission mit der Teutoniagesellschaft abgeschlossen hat, unverändert der nächsten Gesellschaftsversammlung vorzulegen. Wie erinnerlich, hatte die Aufnahmekommission der Teutoniagesellschaft einen Vorschlag von 250 000 M. zugelegt, damit die Teutoniagesellschaft das Mergel für den ansehnlichen Verlauf von 3 Millionen Mark Salzen bezahlen könne. Ferner beschloß der Aufsichtsrat gemäß dem Vorschlag der Aufnahmekommission, die Gewerkschaft Deutschland-Luzernberg nur zu einer bezugsfähigen Quote in das Syndikat aufzunehmen, jedoch also die Vorschläge der Kommission unverändert dem Aufsichtsrat der Gesellschaftsversammlung vorzulegen. Außerdem wurde eine neue Propagandamethode für den Absatz der Kalksalzen in Frankreich beschlossen.

Canadian Pacific-Eisenbahn. Der Reingewinn der Canadian Pacific-Eisenbahn im Monat August betrug Doll. 2 578 989, das bedeutet eine Zunahme von Doll. 8623 gegen den gleichen Monat des Vorjahres.

Schweizerische Goldgruben. Wie der African World aus Johannesburg drücklich berichtet wird, sind mehrere Gruben im Besitz, die neu errichteten Klümmeln in Betrieb zu setzen und zwar die Witwatersrand Deep 4, Boller 2, Langlaagte Deep, Crown Deep, Koffe Deep und Koffe Mines je 1. In der Hauptversammlung der Rand Modderfontein am 26. August in Johannesburg erklärte der Vorsitzende, daß die Kosten der Errichtung der 60 neuen Stempel und einer Klümmel aus den laufenden Ausgaben gedeckt würden, ohne daß der Betrag der bisher gezahlten Dividenden ein Verzicht auf erfahren würde.

Telegraphische Handelsberichte.

Von der diesjährigen Ernte.

* **Neuargemünd, 29. Sept.** Zu dem gestern hier abgehaltenen Obstmarkt wurden ca. 850 Berliner Tafelobst und ca. 180 Btr. Wollobst angefahren. Die Nachfrage nach Kletterobst war sehr stark, so daß das auf den Markt verbrachte Quantum in wenigen Stunden veräußert war. Der Preis schwankte zwischen 3,30 M. und 3,50 M. pro Zentner. Das Tafelobst war durchweg von besserer Qualität und sehr schön sortiert. Auch dieses Obst gelangte mit Ausnahme eines kleinen Quantums zum Verkauf und wurden 6—10 M. pro Zentner je nach Güte erzielt. Der Markt war von Käufern außerordentlich gut besucht. Mit verschobenen Produkten wurden noch Käufe unter der Hand abgeschlossen. Der nächste Obstmarkt findet Montag den 5. Oktober in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr statt. Nach dem Verlauf des gestrigen Marktes ist wohl anzunehmen, daß auch der nächste Obstmarkt von Käufern und Verkäufern gut frequentiert wird.

Aus der Schwarzwalder Holzindustrie.

* **Leiberg, 29. Sept.** Man schreibt der „Riff. Ztg.“ unter dem 28. ds. Mts.: Mit dem Eintritt der Herbstzeit hat sich der Geschäftsgang der Holzindustrie über Erwarten gehoben. Mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage hatte man sich sehr bedeutende Besserung nicht versprochen. Die Fabriken haben zahlreiche Aufträge erhalten. In sämtlichen Holzfabriken der Schwarzwalder wurde die reguläre Arbeitszeit wieder eingeführt. Auch wurden in den einzelnen Städten Bergverwaltungsämtern der Betriebe vorgenommen.

Stahlwerk Döding A.-G., Düsseldorf.

* **Düsseldorf, 29. Sept.** Der Aufsichtsrat des Stahlwerks Döding A.-G. in Düsseldorf hat II. „Riff. Ztg.“ für das Geschäftsjahr 1907/08 eine Dividende von 8 Prozent (i. S. 10 Prozent) vor.

Schweizer Pumpwerke.

* **Böln, 29. Sept.** Der Aufsichtsrat beschloß II. „Riff. Ztg.“ für das Jahr 1907/08 die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent (i. S. 10 Prozent) vorzuschlagen.

Reichsfabrik Johann Fader A.-G.

* **Münster, 29. Sept.** Die heutige Generalversammlung der Reichsfabrik Johann Fader A.-G. in Münster legte II. „Riff. Ztg.“ die Dividende auf 15 Prozent (wie im Vorjahr) fest.

Sächsische Maschinenfabrik R. Hartmann A.-G.

* **Chemnitz, 29. Sept.** In der heutigen Aufsichtsratsitzung der Sächsischen Maschinenfabrik Richard Hartmann Akt.-Ges. gelangte der Abschluß für das Geschäftsjahr 1907/08 zur Vorlegung. Er weist einschließlich des vorjährigen Vortrages einen Nettogewinn von 2 858 115 M. auf. Nach Abschreibungen von 600 413 M. bleiben 2 257 702 M. Es wird der Generalversammlung vorgeschlagen werden, hiervon einen Betrag von 350 000 M. zu Abschreibungen zu verwenden, ferner nach Abschreibung der Verlusten und vertraglichen Lantienmen eine Dividende von 12 Prozent zu Verteilung zu bringen und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen. Der Auftragswert am 1. Juli 1908 stellt sich auf 14 000 000 M. Die Generalversammlung soll auf 7. November einberufen werden.

Geisenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges.

* **Geisenkirchener, 29. Sept.** Wie die „Riff. Ztg.“ meldet, findet die bereits angekündigte Aufsichtsratsitzung am 8. Oktober statt. Der Tagesordnung geht eine Sitzung des engeren Ausschusses vorher.

Bereit zur Wahrung der Interessen der Hamburger Fondsbörse.

* **Hamburg, 29. Sept.** Die seit langer Zeit bestehenden Verhandlungen zur Gründung eines Vereins zur Wahrung der Interessen der Hamburger Fondsbörse beginnen eine bestimmte Form anzunehmen. Die Sachverständigenkommission sowie die Fondsbörse haben II. „Riff. Ztg.“ dem Plan sympathisch gegenüber und werden zu dieser Frage demnächst offiziell Stellung nehmen.

Vom Kalkyndikat.

* **Hannover, 29. Sept.** Das Kalkyndikat erhöhte II. „Riff. Ztg.“ ab 28. September die Preise für Kalkplatten um 20 Prozent, für Kalkplatten um 10 Prozent.

Katalische Bahnen.

* **Konstantinopel, 29. Sept.** Die Gesamteinnahmen der Katalischen Bahnen betrugen in der Zeit vom 10. bis 16. September Francs 110 689, das sind weniger Francs 142 616 als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Seit dem 1. Januar betrugen die Einnahmen Francs 5 029 079 oder weniger Francs 1 353 054 als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* **Frankfurt a. M., 29. Sept.** Der Zwischenfall von Casablanca kommt in Betracht dessen, daß die deutsch-französischen Regierungen mit der Anerkennung Marokko als Sultan sich beschäftigen, angehen. Die Börse war teilweise verstimmt, glaubt aber an eine baldige Regelung dieses Streitfalles. Immerhin machte sich bei der Spekulation Zurückhaltung bemerkbar, welche noch durch die ungeklärte Haltung der Rheinwerfer Börse verstärkt wurde. Was die Einzelheiten des Verkehrs betrifft, so zeigten an dem Bahnmarkt Lombarden angelegtes Geschäft, welches in Betracht starker Deckungskaufe zu festerer Tendenz führte. Weniger günstig gestaltete sich der Verkehr in amerikanischen Bahnen, welche schwächer schloßen. Schiffahrtaktien ließen schwache Tendenz zurück. Montanaktien

waren beeinflusst durch die Kapitalerhöhung der Geisenkirchener Hüttenwerke, Rhönig wieder stärker angeboten, ebenso waren auch Deutsch-Bayerische beeinflusst. Elektrische Werte standen wieder im Vordergrund des Interesses und es zeigte sich im Anschluß an Gerüchte von einer Trübsalbildung ernste Nachfrage für Siemens u. Halske, Schuchert und Edison. Mit dieser Verwirrung sollen einige Großbanken beteiligt sein. Obwohl ein bestimmtes nicht zu erfahren war, blieb auch der Bankenmarkt günstig gestimmt. Diskonto Kommandit u. Österreichische Kreditanstalt fest und höher. Auf dem Industriemarkt zeigte sich wenig Geschäft, Aluminium 3 1/2 Prozent niedriger. Auch der weitere Verlauf ließ auf den meisten Gebieten feste Tendenz zurück. Das Geschäft war infolge des Ausbleibens des Privatdiskontos stärker geworden. An der Nachbörse erhielt sich die feste Tendenz für elektrische Werte. Lebhafte Umsätze fanden in Elektr. Schuchert statt. Es notierten Kreditaktien 203,60, Diskonto 179,80, Dresdner Bank 148,60 a 80, Staatsbahn 149,20, Lombarden 23,40, Baltimore 97,70 a 80 a 40, Siemens u. Halske 206 a 205,75, Schuchert 121,75 a 123,75, Edison 229,25 a 228,50. Die Aktien der Konfordia Bergbaugesellschaft werden vom 30. ds. Mts. ab ex Bezugsrecht notiert.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Schluss-Kurse.

Reichsbank-Diskont 4 Prozent.

Reichsbank-Diskont 4 Prozent.		Reichsbank-Diskont 4 Prozent.	
Reichsbank-Diskont 4 Prozent.		Reichsbank-Diskont 4 Prozent.	
Reichsbank-Diskont 4 Prozent.		Reichsbank-Diskont 4 Prozent.	
Reichsbank-Diskont 4 Prozent.		Reichsbank-Diskont 4 Prozent.	

Staatspapiere. A. Deutsche.

Staatspapiere. A. Deutsche.		Staatspapiere. A. Deutsche.	
Staatspapiere. A. Deutsche.		Staatspapiere. A. Deutsche.	
Staatspapiere. A. Deutsche.		Staatspapiere. A. Deutsche.	
Staatspapiere. A. Deutsche.		Staatspapiere. A. Deutsche.	

Aktien industrieller Unternehmungen.

Aktien industrieller Unternehmungen.		Aktien industrieller Unternehmungen.	
Aktien industrieller Unternehmungen.		Aktien industrieller Unternehmungen.	
Aktien industrieller Unternehmungen.		Aktien industrieller Unternehmungen.	
Aktien industrieller Unternehmungen.		Aktien industrieller Unternehmungen.	

Bergwerks-Aktien.

Bergwerks-Aktien.		Bergwerks-Aktien.	
Bergwerks-Aktien.		Bergwerks-Aktien.	
Bergwerks-Aktien.		Bergwerks-Aktien.	
Bergwerks-Aktien.		Bergwerks-Aktien.	

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.		Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.	
Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.		Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.	
Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.		Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.	
Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.		Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.	

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Bank- und Versicherungs-Aktien.		Bank- und Versicherungs-Aktien.	
Bank- und Versicherungs-Aktien.		Bank- und Versicherungs-Aktien.	
Bank- und Versicherungs-Aktien.		Bank- und Versicherungs-Aktien.	
Bank- und Versicherungs-Aktien.		Bank- und Versicherungs-Aktien.	

Frankfurt a. M., 29. Sept. Kreditaktien 223,60, Diskonto-Kommandit 180,90, Darmstädter 128,40, Dresdner Bank 148,60, Hamb. d. G. 170, —, Deutsche Bank 242,70, Reichsbank 149,20, Lombarden 23,40, Bochumer 225, —, Geisenkirchener 197, —, Laurahütte 210,30, Linz 63,50, Tendenz: fest.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* **Berlin, 29. Sept.** Fondsbörse. In dem heutigen Börsenverkehr trat die gleiche Zurückhaltung der Spekulation zutage, wie sie gestern in den meisten Marktgebieten vorherrschte. Die ausländischen Börsen brachten keine Anregung. Ein einigermaßen lebhaftes Geschäft fand in Canada-Aktien und Lombarden statt. Ertrags wurden weiter von der Spekulation gekauft auf New Yorker Kursbesserungen, sowie auch auf günstige Entwicklung der Reineinnahmen im August bei dieser Bahn. Auf Lombarden

